

Wahlprogramm von François Hollande

Vor der ersten Wahlrunde positioniert sich der Kandidat der PS traditionell deutlich links, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und auch die Wählerschaft der weiter links stehenden Kommunistischen Partei und der Partei der radikalen Linken wie auch der Grünen anzusprechen. Vor der zweiten Wahlrunde rückt der Kandidat sein Programm in die politische Mitte, um deutlich zu machen, dass er der Präsident aller Franzosen sein möchte.

Die wesentlichen programmatischen Aussagen in der Rede Hollands vom 26. Januar 2012 wurden nach Sachgebieten geordnet, um die Übersicht zu erleichtern.

1. Stärkung der Produktion, der Beschäftigung und des Wachstums

- Steuererleichterung für kleine und mittlere Unternehmen zu Lasten der Konzerne
- landesweite Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsinternet innerhalb von 10 Jahren
- Beibehaltung der mehrheitlich staatlich kontrollierten Unternehmen wie EDF (Elektrizität), SNCF (Bahn) und La Poste in öffentlicher Hand
- Trennung der investitions- und beschäftigungsfördernden Tätigkeiten der Banken von deren spekulativen Wertpapiergeschäften, Verbannung der Banken aus den Steueroasen, Verbot der Giftpapiere und Aktienoptionen außer für neu gegründete Unternehmen, Begrenzung der Bonuszahlungen und Erhöhung der Banken-Gewinnsteuer um 15%
- Herabsetzung des Staatsdefizits auf drei Prozent des PIB
- ausgeglichener Staatshaushalt bis 2017
- Schließung von Steuerschlupflöchern in einem Umfang von 29 Mrd. Euro
- Einstellung der aktuellen Reform der öffentlichen Verwaltung (Sarkozy lässt bis auf weiteres nur jede zweite frei werdende Stelle im öffentlichen Dienst wieder besetzen)

2. Steuerreform

- Zusammenlegung der Einkommensteuer und der „CSG“ (Zusatzsteuer zur Finanzierung der Sozialversicherung)
- Anhebung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer auf 49 % ab einem Jahreseinkommen von 150.000 Euro

- Verringerung der Kinderfreibeträge für die fünf Prozent Haushalte mit den höchsten Einkommen
- Anhebung der Vermögenssteuer und Verringerung des Freibetrages bei der Erbschaftssteuer auf 100.000 Euro pro Kind

3. Bildung und Jugend

- Schaffung von 60.000 Stellen im Bildungswesen
- Anhebung der Beihilfe zum Schuljahresbeginn um 25% ab September 2012
- Studien- und Ausbildungsbeihilfen unter Berücksichtigung des Einkommens der Eltern
- Aufhebung der Verschärfung des Aufenthaltsrechts von ausländischen Studenten

4. Renten und Gesundheit

- Wiedereinführung des Renteneintrittsalters von 60 Jahren für langjährig Versicherte, ab 2012 neue Verhandlungen über das gesetzliche Eintrittsalter und die Höhe der Renten mit den Sozialpartnern
- Begrenzung der außertariflichen Honorare für Ärzte
- Senkung der Preise für Arzneimittel
- ärztliche Begleitung Sterbender unter strengen Auflagen, um das Leben in Würde zu beenden

5. Beschäftigung

- Schaffung von 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst für den Einstieg von Jugendlichen ins Berufsleben
- Abschaffung der Steuer- und Abgabebefreiung von Überstunden (außer in Kleinunternehmen)
- "Generationsvertrag" in den Unternehmen: Senkung der Sozialabgaben, wenn ein Unternehmen nachweislich einen Jugendlichen unbefristet einstellt und dennoch einen älteren Arbeitnehmer weiterbeschäftigt
- Anhebung der von den Arbeitgebern zu entrichtenden Arbeitslosenbeiträge in Unternehmen mit zu vielen prekären Arbeitsplätzen
- Schaffung von 5.000 Stellen bei der Polizei, Justiz und Gendarmerie

6. Gesellschaft

- Erhöhung des Mindestanteils von Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand einer Kommune von 20 auf 25%
- Weiterentwicklung der Politik der „Stadterneuerung“ in den Banlieues (Vororten), d. h., Beibehaltung der Daseinsvorsorge, Mittelaufstockung u.a. im Bildungswesen, bürgernahe Polizei
- Ablösung des Straftatbestandes bei Urheberrechtsverletzungen im Internet (Hadopi) durch die Einführung einer „Kultur-Flat-Rate“
- Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe
- Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Unternehmen
- Schaffung der rechtlichen Möglichkeit, dass homosexuelle Paare eine gleichgeschlechtliche Ehe schließen und Kinder adoptieren können

7. Energie

- Verringerung des Anteils der Atomkraft an der Stromerzeugung von 75 auf 50% bis 2025
- Schließung des AKWs von Fessenheim, Weiterführung des Baus des EPRs von Flamanville

8. Institutionen

- Übernahme des Gesetzes von 1905 über die Trennung von Staat und Kirche in die Verfassung
- Reform des strafrechtlichen Status des Staatspräsidenten
- Wahlrecht für ausländische Mitbürgerinnen und -bürger bei Kommunalwahlen
- Gesetz gegen Ämterhäufung
- Einführung eines begrenzten Verhältniswahlrechts bei den Parlamentswahlen
- Verringerung um 30% der Vergütung des Präsidenten und der Minister

9. Europa und internationale Beziehungen

- Vorschlag eines „Paktes für Verantwortung, Governance und Wachstum“
- Einführung von Euro-Bonds

- Ablösung des Elysée-Vertrages durch einen neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag
- Vorschlag einer gemeinsamen europäischen Handelspolitik zur Eindämmung von Sozial- und Umweltdumping
- Einführung einer Klima-Energie-Abgabe an den Grenzen Europas
- sofortiger Rückzug der französischen Truppen aus Afghanistan